



Marktgemeinde ALLAND, Bez. Baden, N.Ö.

2534 Alland, Hauptstraße 176



02258/2245 Fax: 02258/2424 Mail: gemeindeamt@alland.gv.at

Protokoll-Nr.
446/2015

VERHANDLUNGSSCHRIFT

über die SITZUNG des GEMEINDERATES

am Mittwoch, dem 16. Dezember 2015 im Sitzungssaal des Gemeindeamtes Alland.

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 21:00 Uhr (Beginn der nicht öffentlichen Sitzung)

Die Einladung erfolgte am 07. Dezember 2015 (Kurrende).

ANWESEND WAREN:

Bürgermeister Dipl.-Ing. Ludwig Köck (ÖVP)
GR Rainer Andermann (SPÖUBA)
GR Georg Baden (SPÖUBA)
GR Mag. (FH) Ing. Christian Bonfert (ÖVP)
GR Bmst. Ing. Gregor Burger (ÖVP)
GR Dipl.-Ing. Erwin Thomas Dollensky (ALL)
GR BSc. Ing. Armin Franz Grasel (ÖVP)
GR Erika Grasel (ÖVP)
Frau Vbgm. Petra Johanna Groschner (ÖVP)
GR Anton Hirschhofer (ÖVP)
Gf.GR Hannes Hofstätter (SPÖUBA)
GR Irene Maria Hofstätter (SPÖUBA)
GR Karl Kolbe (SPÖUBA)
GR Thomas Kropik (ÖVP)
GR Bernhard Nagl (SPÖUBA)
Gf.GR. Leopold Ottersböck (ÖVP)
GR Daniel Paunovic (FPÖ)
Gf.GR. Dr. Klaus Perl (SPÖUBA)
Gf.GR Martin Rapold (ÖVP)
GR und Obm. Prüfungsausschuss Mag. Klaus Sonnleitner (SPÖUBA)
GR Josef Winzer (ÖVP)

ANWESEND WAREN AUSSERDEM:

Amtsleiter Dipl.-Ing. Andreas Fischer; Kassenverwalter Harald Sieder bis 19 Uhr 45

ENTSCULDIGT ABWESEND WAREN:

Es sind alle Gemeinderäte bei der Sitzung anwesend.

Die Sitzung ist beschlussfähig.

TAGESORDNUNG

- 1 **Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung**
 - 2 **Projekt Hochwasserschutz Alland, Bericht HR Dipl.-Ing. Knopf**
 - 3 **Bericht des Prüfungsausschusses**
 - 4 **Voranschlag 2016**
 - 5 **Kanalbenutzungsgebühr, Fa. Unimarkt und Fa. Zielpunkt**
 - 6 **Eintrittspreise Tropfsteinhöhle**
 - 7 **Heizkostenzuschuss 2015/2016**
 - 8 **Mietvertrag Dr. Grünwald**
 - 9 **Rechtsangelegenheiten Fam. Steiner:**
 - a) **Ansuchen Leitungsbauvorhaben, Grundstück Nr. 488, EZ 145, KG Raisenmarkt**
 - b) **Beschwerde wegen „Antrag auf Baubewilligung ob Grundstück 375/3, EZ 200, KG Alland“**
 - 10 **12. Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes**
 - 11 **Anordnung Volksbefragung „B210 – Spange Alland“**
 - 12 **Wahl des neuen Zivilschutzbeauftragten**
 - 13 **Seniorenweihnachtsfeier 2015**
 - 14 **Berichte des Bürgermeisters und Allfälliges**
- Nicht öffentliche Sitzung
- 15 **Personalangelegenheiten**

Bürgermeister Dipl.-Ing. Köck eröffnet die Sitzung und begrüßt den vollzählig erschienenen Gemeinderat sowie die zahlreichen Zuhörer und Gäste. Er stellt die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest.

GR Dipl.-Ing. Dollensky ersucht den Bürgermeister den Tagesordnungspunkt 9 (Rechtsangelegenheit Fam. Steiner) in den nicht öffentlichen Teil aufzunehmen. Der Bürgermeister dankt für den Antrag, die Gemeinderäte stimmen diesem einstimmig zu:

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	8	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0
FPÖ	dafür	1	dagegen	0

Tagesordnungspunkt 1, Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung

Bürgermeister Dipl.-Ing. Köck verweist auf das letzte Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 23. September 2015. Da es keine Wortmeldungen dazu gibt, wird dieses vom Gemeinderat einstimmig angenommen und von den anwesenden Fraktionsvertretern und Zeichnungsberechtigten unterschrieben.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	8	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0
FPÖ	dafür	1	dagegen	0

Tagesordnungspunkt 2, Projekt Hochwasserschutz Alland, Bericht HR Dipl.-Ing. Knopf

Bürgermeister Dipl.-Ing. Köck begrüßt HR Dipl.-Ing. Norbert Knopf, Abteilung Wasserbau des Amtes der NÖ Landesregierung, sowie den zuständigen Bereichsleiter, Dipl.-Ing. Wolfgang Bürger, Gebietsbauamt Wr. Neustadt. Letzterer schildert anhand eines 12-seitigen Handouts (sh. Anlage) die baulichen und finanziellen Eckdaten des bereits errichteten Hochwasser-Rückhaltebeckens sowie der noch nicht fertig gestellten linearen Maßnahmen in Alland. Demnach betragen die Baukosten für das vor einigen Jahren fertiggestellte Rückhaltebecken rund 3 Mio. €. Rund 50% der Finanzierung leistete der Bund, das Land beteiligte sich mit 35%, die restlichen 15% sind von der Marktgemeinde Alland zu tragen.

Bei den linearen Maßnahmen verweisen die beiden Experten auf Projektergänzungen und unvorhergesehene Erschwernisse. Aus diesen Gründen sei eine Baukostenerhöhung von ursprünglich 2,4 Mio. € auf 3,1 Mio. € erforderlich. Der Interessentenbeitrag (23% der genehmigten Baukosten) der Marktgemeinde Alland wird sich demnach von ursprünglich rund 700.000 € (lt. Planungsgrundlage) um etwa 161.000 € erhöhen. Da die Gemeinde diesbezüglich kein Verschulden trifft und dies im Vorfeld der Planung nicht ersichtlich war, verweist HR Dipl.-Ing. Knopf auf die mögliche Gewährung einer auslaufenden Sonderfinanzierungsförderung seitens des Landes NÖ für solche außerordentlichen Belastungen. Aufgrund des noch zeitgerecht eingelangten Ansuchens der Marktgemeinde Alland kann demnach bei der Abteilung Finanzen (F1) ein Sonderfinanzierungsbeitrag für Hochwasserschutz in der Höhe von 37,5% (d.h.: 267.375 €) des von der Gemeinde in Summe zu leistenden Interessentenbeitrages (713.000 €) gewährt werden. Von den bezifferten 713.000 € wurden bereits 500.000 € seitens der Marktgemeinde Alland geleistet, d.h. es ist nur mehr ein Differenzbetrag von 213.000 € offen. Daraus ergibt sich, dass sich am Konto der Marktgemeinde Alland nach Abschluss aller Buchungen ein positiver Differenzbetrag von rund 54.375 € (267.375 € minus 213.000 €) niederschlagen wird.

Nach kurzer Diskussion ersucht der Bürgermeister den Gemeinderat den von HR Dipl.-Ing. vorgeschlagenen Finanzierungsplan zur Fertigstellung der linearen Maßnahmen des Hochwasserschutzes in Alland zu genehmigen.

Der Gemeinderat nimmt den Bericht einstimmig zur Kenntnis.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	8	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0
FPÖ	dafür	1	dagegen	0

Tagesordnungspunkt 3, Bericht des Prüfungsausschusses

Prüfungsausschuss-Obmann GR Mag. Klaus Sonnleitner teilt mit, dass er mit seinen Kollegen seit der letzten GR-Sitzung am 23. September 2015 eine angekündigte sowie eine nicht angesagte Kontrolle der Gemeindegebarung durchführte. Unter anderem wurden das laufende Budget und der Budgetvollzug kontrolliert. Auffällig war, dass sich das veranschlagte Budget für die Instandhaltung von Straßen zuletzt mehr als verdoppelt hat, auch die Rechtsberatkungskosten wurden um ein Vielfaches überzogen. Im Blickfeld der Prüfung stand abermals das Gansfußhaus. Dieses werde, obwohl es derzeit nicht vermietet wird, über die Hausverwaltung abgewickelt. GR Mag. Sonnleitner ersucht, selbst im Falle von geringen

Beträgen, hier kostenschonend zu agieren und die betreffenden Aufwendungen der Gemeinde laufend zu durchforsten und zu bereinigen.

Unterstützt von Kassenverwalter Harald Sieder konnten des Weiteren die jährlichen Umsätze von auftragnehmenden Firmen der Marktgemeinde Alland beurteilt werden. GR Mag. Sonnleitner appelliert an die Gemeinde, in der Funktion als Großauftraggeber auch den Verhandlungsspielraum bei Zahlungskonditionen (Skonto, längere Zahlungsziele) zu nutzen. Unter anderem gebe es Auftragnehmer, die zwar 250.000 € Umsatz mit der Gemeinde erwirtschaften, jedoch nur ein Zahlungsziel von 8 Tagen einräumen. Der Prüfungsausschuss-Obmann fordert in diesem Zusammenhang nachvollziehbare Verhandlungen. Er warnt auch vor möglichen Missbrauch, etwa die Egalisierung von eingeräumten Skonti durch die Legung höherer Rechnungsbeträge. Zudem erneuert GR Mag. Sonnleitner auch sein Ersuchen an den Bürgermeister, für anstehende Beschaffungen (ab 5.000 €) zumindest drei Angebote einzuholen. Er regt an, dass sich über dieses Thema und auch berechnete Ausnahmen (bei Gefahr in Verzug etc.) der Gemeindevorstand eigens in einer seiner nächsten Sitzungen näher unterhalten sollte.

Für das Jugendzentrum (JUZ) in Alland sollten Zusatzschlüssel bestellt werden, damit zumindest einer im zentralen Schlüsselkasten der Gemeinde bei Bedarf immer greifbar ist. Aufgrund der technischen Mängel (Elektrik etc.) im JUZ, ersucht er auch weiterhin keine Veranstaltungen dort zu genehmigen. Frau Vbgm. Groschner verweist darauf, dass es diesbezüglich bereits gemeinsame Begehungen seitens des Kulturausschuss mit GGR Hofstätter und GR Kolbe gab. Nach Maßgabe finanzieller Mittel und Gemeinderessourcen werde sukzessive saniert, Veranstaltungen werden nicht abgehalten.

Stellungnahme des Bürgermeisters:

Dipl.-Ing. Köck bedankt sich für den detaillierten Bericht sowie die zahlreichen Anregungen der Prüfungsausschuss-Mitglieder und aus dem Gemeinderat. Er verweist auf die bereits getätigte, mehrfache Ausschreibungspraxis, zuletzt bei der Einholung von Angeboten für die UV-Anlage der Wasserversorgung. In der Regel werden bei Ausschreibungen auch längere Zahlungsziele vereinbart. Die Mehrkosten für die Straßeninstandhaltung resultierten meist aus dringlichen Fällen. Für 2016 verspricht er, stets mehrere Firmen zur Angebotslegung einzuladen. Im Zuge von zuletzt geführten Zinsverhandlungen mit Banken konnte das Verhandlungsteam der Marktgemeinde Alland Einsparungen von rund 20.000 € erzielen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen mehr zum mündlichen Bericht des Prüfungsausschusses gibt, ersucht der Bürgermeister um ein Zeichen der Zustimmung. Der Gemeinderat nimmt den Bericht des Prüfungsausschusses einstimmig zur Kenntnis.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	8	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0
FPÖ	dafür	1	dagegen	0

Tagesordnungspunkt 4, Voranschlag 2016

Der Entwurf des Voranschlages der Marktgemeinde Alland für das Jahr 2016 über die Einnahmen und Ausgaben des ordentlichen und außerordentlichen Haushaltes ist in der Zeit von 30. November bis 14. Dezember 2015 im Gemeindeamt während der Parteienverkehrszeiten zur öffentlichen Einsichtnahmen aufgelegt und auch den Fraktionen im Vorfeld zugegangen. Innerhalb der kundgemachten Auflagefrist wurden keine

Stellungnahmen abgegeben. Kassenverwalter Sieder verteilt an den Gemeinderat einen Auszug des neuen Voranschlags. Der Bürgermeister ersucht Kassenverwalter Sieder, die zentralen Positionen daraus näher zu erläutern.

Im ordentlichen Haushalt (OH) des Voranschlags von 2016 summieren sich die Einnahmen wie auch die Ausgaben auf 4.472.300 €. Im außerordentlichen Haushalt (AOH) werden 310.000 € budgetiert. Kassenverwalter Sieder schlüsselt auch die einzelnen Positionen ein- und ausgabenseitig auf. Außerordentliche Vorhaben sind für die Gemeindestraßenbau-Wegerhaltung mit 210.000 € (Radweg) vorgesehen. Für die WVA Alland und die Güterwegsaniegerung sind jeweils 20.000 € reserviert worden. Die im Frühjahr 2016 geplante Spielplatzerrichtung (Schulfreiraum VS Alland) ist laut Auftrag mit 60.000 € budgetiert.

GR Dipl.-Ing. Dollensky fragt nach, warum für die anstehende Sanierung der Neuen Mittelschule (NMS) in Alland noch keine Mittel veranschlagt sind. Harald Sieder verweist darauf, dass Aufwendungen für die NMS seitens der Gemeinde im Zuge einer Pro-Kopfquote finanziert werden, diese seien bei den Schulerhaltungsbeiträgen (Gruppe 2) ersichtlich. Die Sanierung der Schule müsse mit Hilfe einer Fremdfinanzierung abgewickelt werden, dies wird laut Einschätzung von Sieder erst nach dem Jahr 2016 spruchreif werden. Der Planungsauftrag an die Fa. Kosaplan könne jedoch schon im Vorfeld vom hierfür beauftragten NMS-Ausschuss (mit Gemeindevertretern aus Alland, Klausen-Leopoldsdorf und Heiligenkreuz) gemeinsam vergeben werden. Mit ersten Rückzahlungen sei nach derzeitigem Verhandlungsstand frühestens 2017 zu rechnen. Der zusätzliche Aufwand für die Marktgemeinde Alland werde dann über einen erhöhten Schulerhaltungsbeitrag in der Gruppe 2 verrechnet. GR Dipl.-Ing. Dollensky erkundigt sich, ob die Ausfinanzierung dieses Projektes nach der Entscheidungsfindung im NMS-Ausschuss auch eines GR-Beschlusses bedarf. Diesbezüglich will der Bürgermeister noch Rücksprache halten. Nachdem der NMS-Ausschuss vom Gemeinderat aller Mittelschulgemeinden bestellt wurde, bestehe vordergründig eine laufende Informationspflicht. Derzeit geht der NMS-Ausschuss von einem Gesamtfinanzierungsbedarf von rund 4,5 Mio. € aus. Aktuell stehen aber noch zahlreiche Prüfungen an, unter anderem muss in Vorstudien geklärt werden, welche Förderungsmöglichkeiten und Unterstützungen es für die NMS-Sanierung gibt bzw. ob Einsparungen in gewissen Sparten möglich sind. Auch die Kosten für ein Containerdorf müssen erst kalkuliert werden. Diesbezüglich steht auch ein Gespräch mit der Schulabteilung in St. Pölten an. Nach der nächsten NMS-Ausschusssitzung im Februar 2016 sollen dem Gemeinderat weitere Erkenntnisse dazu präsentiert werden.

GGR Rapold stellt die Frage, ob im Rahmen der Gemeindestraßenbau-Wegerhaltung auch die Kosten der Asphaltierung der neuen Zufahrtsstraße in der Augasse Berücksichtigung gefunden hat. Der Bürgermeister bejaht dies mit einer Kostenschätzung, vor der Umsetzung werden drei Kostenvoranschläge dazu eingeholt und dem Gemeinderat zur Abstimmung vorgelegt.

Kassenverwalter Sieder fährt mit dem Schuldennachweis im aktuellen Voranschlag fort: Für die Schuldenart 1 wird darin ein Darlehensrest am Jahresende des Haushaltsjahres 2016 von 915.500 € beziffert. Mit Jahresbeginn betragen die Schulden (deren Schuldendienst mehr als zur Hälfte aus allgemeinen Deckungsmitteln getragen wird) 985.400 €. Für die Schuldenart 2 für Einrichtungen der Gebietskörperschaft, bei denen jährlich ordentliche Einnahmen in der Höhe von mindestens 50% der ordentlichen Ausgaben erzielt werden, kommt der Darlehensrest am Jahresende bei 4.078.100 € zu liegen. Zu Beginn 2016 wird für diese Schuldenart ein Betrag von 4.396.400 € ausgewiesen. Damit sollte sich der Gesamtschuldenstand von anfangs 5.381.800 € bis zum Jahresende auf 4.993.600 € reduzieren. So wie in den Vorjahren soll für ein Jahr befristet (von Anfang Februar 2016 bis

Ende Jänner 2017) ein (Kassen-)Kreditvertrag mit einem Rahmen von 200.000 € für Betriebsmittel mit der Raiffeisen Regionalbank Mödling vereinbart werden. Sobald die Unterlagen vorliegen, werden diese den Zeichnungsberechtigten zur Unterfertigung vorgelegt. Der Nachweis über eine Leasingfinanzierung entfällt im Voranschlag 2016, da die Kindergartenfinanzierung seit dem Jahr 2015 mit Hilfe einer günstigeren Darlehensfinanzierung bewerkstelligt wird.

Gf.GR Dr. Perl wirft die Frage ein, warum auf der Einnahmenseite des OH in der Gruppe 9 (Finanzwirtschaft) im Voranschlag 2016 nur 2,729.300 € budgetiert wurden, obwohl im Rechnungsabschluss 2014 noch 3,743.920,93 € vereinnahmt wurden. Dies sehe danach aus, dass die Gemeinde rund 1 Mio. € weniger Finanzausgleich (Ertragsanteile) erhalten werde. GR Dipl.-Ing. Dollensky und Kassenverwalter Sieder verweisen in diesem Zusammenhang auf eine Zwischenfinanzierung von rund 900.000 € für den 2014 getätigten Grundstücksankauf (Dietz) nahe der Ortsausfahrt, Klausenstraße.

Generell sei nach den Voranschlagsgesprächen mit dem Land NÖ in den nächsten Jahren mit sinkenden Zuwendungen (Ertragsanteilen, Zinsenzuschüssen etc.) zu rechnen, ausgabenseitig müsse man wiederum von steigenden Belastungen ausgehen. Aufgrund der rückläufigen Wirtschaftsentwicklung ist die Gemeinde seitens des Landes angehalten, mit der notwendigen Vorsicht zu budgetieren.

Der Bürgermeister verweist in weiterer Folge auf das viel diskutierte Rotkreuzbudget. Das vom Land NÖ im Vorfeld favorisierte (günstigere) „Notarztsystem“ würde den zu leistenden Prokopfanteil für die Marktgemeinde Alland von ursprünglich 8 auf 23 € erhöhen. Aus diesem Grund haben alle betroffenen Bürgermeister der 33 Gemeinden im Bezirk Baden dem geplanten Budget nicht zugestimmt. Zurzeit liegen damit auch 33 verschiedene Prokopfanteile für den Rettungsdienst vor. Am niedrigsten beziffert werden diese aufgrund der hohen Einwohnerdichte in Traiskirchen. In den schwächer besiedelten Gebieten ist hingegen von höheren Belastungen pro Kopf auszugehen.

GR Dipl.-Ing. Dollensky stellt fest, dass die Ertragsanteile im Voranschlag 2016 in etwa gleich hoch ausfallen, wie im Rechnungsabschluss 2014 angeführt. Sieder verweist auf die Empfehlungen des Landes, man sei aber nie vor Überraschungen gefeilt. AL Fischer fügt hinzu, dass im Rahmen der Voranschlagsbesprechungen konkrete Prozentzahlen nach Empfehlungen des Landes als bindende Grundlage für mehrere Positionen (Bezüge etc.) herangezogen wurden. Im Raum stehe jedoch noch das Ergebnis des neuen Finanzausgleichs, welcher voraussichtlich Mitte 2016 beschlossen werden soll. Zuletzt war die Prokopfquote für Gemeindebürger in Wien mit rund 1.400 € am höchsten, am Ende der Fahnenstange finden sich hingegen Niederösterreich (932 €) und das Burgenland (831 €). Bei den Verhandlungen werden wahrscheinlich wieder politisches Tauziehen und Kompromissbereitschaft zwischen Bund, Ländern und Gemeinden im Vordergrund stehen. Dies könnte daher noch die eine oder andere Überraschung für die Gemeinden beinhalten.

Der Gemeinderat hat auf Nachfrage des Bürgermeisters keine Änderungswünsche zum Voranschlag 2016. Dipl.-Ing. Köck bringt daher den vorliegenden Entwurf zur Abstimmung. Der Gemeinderat spricht sich einstimmig dafür aus.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	8	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0
FPÖ	dafür	1	dagegen	0

Tagesordnungspunkt 5,

Kanalbenützungsgebühr, Fa. Unimarkt und Fa. Zielpunkt

Im Zuge einer anberaumten Feststellungsverhandlung am 22. Oktober 2015 mit Herrn Andreas Planyavsky, Zentraleinkauf Fa. Unimarkt und Fa. Zielpunkt, sowie AL Dipl.-Ing. Andreas Fischer und Kassenverwalter Harald Sieder vor Ort, wurden auf Grundlage eines Sachverständigen-Gutachtens von Hr. Dipl.-Ing. Kurt Pfeiller, folgende Fakten überprüft:

- 1) Die zugrunde liegenden Berechnungsflächen der angeschlossenen Gebäudeflächen (lt. den beiden vorgelegten Schreiben von Hr. Kurt Pfeiller, sh. Anlage; Zielpunkt: 714,64 m²; Unimarkt: 715,44 m²) stimmen mit den Plänen der jeweiligen Bauakte überein. In allen besichtigten und zugrundeliegenden Räumen befinden sich auch Wasseranschlüsse und Kanalabläufe. Es gibt keine Kellergeschosse, die einer gewerblichen Nutzung unterliegen.
Den Berechnungen wird eine Ausbaukapazität der Kläranlage von 3.500 Einwohnergleichwerten (EGW), das ist die derzeitige Gesamtkapazität der Gemeinde Alland, sowie die aktualisierte Berechnungsfläche von insgesamt 203.771,53 m² zugrunde gelegt.
- 2) AL Fischer informierte Experten des Landes, Gruppe Wasser, dass es bereits in früheren Jahren einfache, prozentuelle Reduktionen nach Anträgen und Beschlussfassungen im Gemeinderat gab. Die Empfehlung seitens des Landes lautet, sich strikt an das NÖ Kanalgesetz 1977, in der jetzt gültigen Fassung, zu halten. Aufgrund der vorliegenden Einwohnergleichwerte, Berechnungsflächen (beide Märkte sind über 700 m² groß) als auch der zugrundeliegenden Ausbaukapazitäten der Kläranlage muss daher auch § 5b („Vermeidung von Härtefällen“) in Betracht gezogen werden. Dies wird daher als Grundlage für den Beschluss des Gemeinderates empfohlen. Die Erledigung hat per Bescheid zu erfolgen.
- 3) Folgende Erkenntnisse liegen daher nach gutachterlicher Stellungnahme sowie Empfehlung des Landes NÖ lt. AL Fischer zur Beschlussfassung vor:
 - a) Zielpunkt GmbH: Reduktion der Berechnungsfläche um 73,12%, d.h. die Berechnungsfläche neu beträgt mit der nächsten Vorschreibung 192,10 m².
 - b) Unimarkt HandelsgesmbH & Co KG: Reduktion der Berechnungsfläche um 67,78%, d.h. die Berechnungsfläche neu beträgt mit der nächsten Vorschreibung 230,51 m².

Der Bürgermeister ersucht um Beschlussfassung, der zu reduzierenden Berechnungsflächen. Der Gemeinderat stimmt sowohl dem Vorschlag (a), Zielpunkt GmbH, als auch (b), Unimarkt HandelsgesmbH & Co KG, einstimmig zu.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	8	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0
FPÖ	dafür	1	dagegen	0

Die reduzierten Kanalbenützungsgebühren sollen ab der nächsten Vorschreibung (1. Quartal 2016) berücksichtigt werden.

Tagesordnungspunkt 6, Eintrittspreise Tropfsteinhöhle

Der Bürgermeister berichtet, dass der Obmann, Ing. Martin Wagenhofer, vom Tourismusverband Alland (TVA) eine marktübliche Angleichung der Eintrittspreise für die Saison 2016 angeregt hat. So kamen zuletzt für Dienstleistungen der NÖ Card 30 bis 40% der Einnahmen zum Abzug. Um wieder eine Kostendeckung zu erreichen, wird bei den Erwachsenen eine Erhöhung von bisher 5 auf 8 €, bei den Kindern von 3 auf 5 € angedacht. Bürgermeister Köck lässt daher über die vorgeschlagene Preiserhöhung abstimmen. Der Beschluss wird mit einer Enthaltung (GR Dollensky) mehrheitlich gefasst.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	8	dagegen	0
ALL	dafür	0	dagegen	0; 1 Enthaltung
FPÖ	dafür	1	dagegen	0

Tagesordnungspunkt 7, Heizkostenzuschuss 2015/2016

Bürgermeister Dipl.-Ing. Köck informiert, dass es jährlich in etwa 20 Antragstellungen für einen Heizkostenzuschuss in der Marktgemeinde Alland gibt. Neben dem Zuschuss des Landes NÖ (150 € je positiv erledigten Antrag) spricht er sich für die Heizperiode 2015/2016, wie im Vorjahr, für eine finanzielle Unterstützung seitens der Marktgemeinde Alland aus. So wurde für die Heizperiode 2014/2016 seitens der Gemeinde eine einmalige Unterstützung in der Höhe von 50 € pro Antragsteller gewährt. Der Bürgermeister stellt den Antrag, diesen Zuschuss in selbiger Höhe auch für diese Heizsaison beizubehalten. Der Antrag wird einstimmig angenommen und beschlossen.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	8	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0
FPÖ	dafür	1	dagegen	0

Tagesordnungspunkt 8, Mietvertrag Dr. Grünwald

Bürgermeister Dipl.-Ing. Köck berichtet, dass die Marktgemeinde Alland im Jahr 1999 einen Mietvertrag mit Frau Dr. Nicole Grünwald für die Nutzung der Tierarztpraxis im Gemeindeamt abgeschlossen hat. Die jährlichen Mieterhöhungen erfolgen seither wertgesichert und indexangepasst. Frau Grünwald stellte Ende des Jahres 2015 den Antrag, ihr den Mietzins von 2016 bis Ende 2018 in fixer Höhe (Basis 2015) vorzuschreiben. Die vereinbarte Indexerhöhung soll für diesen Zeitraum ausgesetzt werden. Der Bürgermeister lässt über den Antrag von Frau Grünwald beraten. Der Gemeinderat stimmt einstimmig dafür.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	8	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0
FPÖ	dafür	1	dagegen	0

Tagesordnungspunkt 9 (Rechtsangelegenheiten Fam. Steiner - dieser TOP wird in der nicht öffentlichen Sitzung behandelt.)

Tagesordnungspunkt 10,

12. Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes

Der Bürgermeister teilt mit, dass die 12. Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes, gemäß § 24 und § 25 des NÖ Raumordnungsgesetzes 2014, i.d.g.F., durch sechs Wochen, in der Zeit von 3. Dezember 2015 bis einschließlich 14. Jänner 2016, im Gemeindeamt zur öffentlichen Einsicht aufgelegt und auf der Amtstafel kundgetan wird. Nachdem das Bauprojekt von Heimat Österreich in Mayerling bereits im Frühjahr 2016 gestartet werden soll, ersucht der Bürgermeister den Gemeinderat, die Punkte 1 und 2 in Form eines vorab gefassten Grundsatzbeschlusses positiv zu beurteilen. Aus rechtlicher Sicht sei erst nach der öffentlichen Auflage ein Beschluss des Gemeinderates notwendig, da auch Stellungnahmen im Rahmen der Beschlussfassung Berücksichtigung finden müssen. Diese wären dann gemeinsam mit den Stellungnahmen des Bürgermeisters bzw. des hierfür beauftragten Ortsplaners, Dipl.-Ing. Thomas Hackl, im nächsten Gemeinderat zu behandeln. Die Mandatare bringen keine Einwände zu den vorgebrachten Punkten 1 und 2 vor und stehen den ersten beiden Punkten, vorbehaltlich noch einlangender Stellungnahmen, positiv gegenüber:

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	8	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0
FPÖ	dafür	1	dagegen	0

Des Weiteren spricht sich der Bürgermeister dafür aus, dass die Punkte 3 und 4 laut der selbigen Kundmachung vom Gemeinderat nicht beschlossen werden mögen, da die Eigentümer der betreffenden Grundstücksflächen kein Interesse an den vorgeschlagenen Änderungen hätten. Bei der Planauflage und nächsten Beschlussfassung durch den Gemeinderat sollen diese beiden Punkte daher auch keine Berücksichtigung finden. Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 11,

Anordnung der Volksbefragung „B210 – Spange Alland“

Der Bürgermeister blickt auf das über viele Jahre diskutierte Straßenprojekt „Spange Alland“ zurück. Aufgrund der jahrelangen Diskussion im Gemeinderat schlägt er eine Volksbefragung in der Marktgemeinde Alland in allen Wahlsprengeln mit einer klaren Fragestellung vor. Die Frage soll lauten: „Sind Sie für den Bau der Umfahrung B210 - ‚Spange Alland‘?“ Ja oder Nein. Das Ergebnis werde dann für den Gemeinderat der Marktgemeinde Alland bindend sein. Im Falle einer Befürwortung wäre die Gemeinde dann bestrebt gemeinsam mit dem Land NÖ intensive Gespräche mit den Grundeigentümern zu führen, falls die Volksbefragung das Projekt ablehnt, soll das Kapitel ad acta gelegt werden. Wie im Vorfeld schon angekündigt, soll die Volksbefragung am 17. Jänner 2016 nach dem Vorbild der NÖ Gemeindeordnung mit einem genauen Fristenlauf über die Bühne gehen. Für eine solche Anordnung sei es notwendig, einen Gemeinderatsbeschluss zu fassen und eine klare Fragestellung für die Befragung zu formulieren. GR Dipl.-Ing. Dollensky erkundigt sich nach dem Antrag, den der Bürgermeister zur Abstimmung bringen will. Bürgermeister Köck verweist auf die Anordnung der Volksbefragung B210 - ‚Spange Alland‘ durch den Gemeinderat und wiederholt nochmals die Fragestellung: „Sind Sie für den Bau der Umfahrung B210 – ‚Spange Alland‘?“ GR Dollensky kritisiert das Wort „Umfahrung“,

richtigerweise sollte die Bezeichnung seiner Meinung nach „Spange Alland Ost“ lauten. Der Bürgermeister formuliert die Frage daher wie folgt: „Sind Sie für den Bau der ‚Spange Alland Ost‘? GR Dollensky geht das in dieser Form nicht weit genug. Er ersucht daher einen Abänderungsantrag einbringen zu dürfen. Bürgermeister Köck bejaht dies. GR Dollensky hat diesen schriftlich vortextiert und für die Gemeinderäte vervielfältigt. Ein Original händigt er unterschrieben an den Bürgermeister aus. Danach verliest er den Abänderungsantrag „Anordnung einer Volksbefragung zum Straßenneubau Spange Ost“ (sh. Anhang) vollinhaltlich. Die Frage der Volksbefragung soll demnach lauten: „Soll die Spange Ost errichtet werden?“ Wichtig ist GR Dollensky auch der folgend vorgetragene Zusatztext: „Der Gemeinderat überlässt die Bewertung der positiven und negativen Auswirkungen des Projektes auf die Menschen, die Natur und den Lebensraum Alland den Gemeindegürgern ...“ (sh. Anhang).

Gf.GR Perl und Gf.GR Hofstätter unterbrechen GR Dollensky in seinen Ausführungen und stellen die Frage, ob es sich dabei um eine ergänzende Erläuterung handelt bzw. ob das dann auch so am Abstimmungszettel stehen wird. GR Dollensky verneint letzteres und entgegnet, dass für ihn beide Absätze des Antrages wichtig seien. Er verliest daraufhin den Abänderungsantrag bis zum Ende und ersucht den Gemeinderat um seine Beschlussfassung. Es folgt eine rege Diskussion, schließlich spricht sich der Bürgermeister dafür aus, nur den ersten Teil des Abänderungsantrages, inkl. der von GR Dollensky formulierten Fragestellung, in angepasster Weise zur Beschlussfassung zu bringen, alles andere seien persönliche Anmerkungen. Gf.GR Perl, Gf.GR Hofstätter sowie Gf.GR Rapold bringen in Hinblick auf den zitierten 2. Absatz ihre Bedenken zum Ausdruck. Der Abänderungsantrag müsse entweder zur Gänze befürwortet oder abgelehnt werden.

Gf.GR Rapold betont, dass nicht alle der im Abänderungsantrag angeführten Regionen von Alland dem Verkehr zum Opfer fallen und verweist auf die bereits hinlänglich diskutierten und zugrunde liegenden Verkehrszahlen, welche auch öffentlich präsentiert wurden und einsehbar sind. Zudem könne man seiner Meinung auch nicht behaupten, dass Natur- und Naherholungsraum gravierend und unwiederbringlich zerstört werden, wenn eine für Alland vorteilhafte Verkehrsentslastung im Raum steht. Dies sieht Gf.GR Rapold auch positiv für Kindergarten, Volksschule, Neue Mittelschule bzw. die umliegenden Einkaufszentrum.

Gf.GR Perl verweist auf mehrere Verkehrsausschusssitzungen, welche neben den nominierten Ausschussmitgliedern auch mit großem Interesse von zahlreichen anderen Gemeinderäten besucht wurden. Seines Erachtens wurde das Straßenprojekt „Spange Alland“ nicht ausreichend mit der Bevölkerung diskutiert. Eventuell sei der Termin der Volksbefragung am 17. Jänner 2016 daher noch verfrüht. Seiner Meinung nach, gibt es dazu generell zwei philosophische Zugänge: 1.) Falls nicht für den Bau der Spange gestimmt wird, dann komme das auch nicht mehr in Frage. 2.) Wenn die Straße einmal gebaut ist, bekommt man sie nicht mehr weg. Insofern sind für ihn die Folgen von Fall 2 schwerwiegender und auch irreversibel. Seines Erachtens wurde bei der Diskussion auf den Ortsteil Maria Raisenmarkt gänzlich vergessen, da sich dort das Verkehrsaufkommen aufgrund höherer Attraktivität und schnellerer Anbindungsmöglichkeiten bis 2030 um etwa 10% erhöhen werde. GR Burger entgegnet, dass eine relative Zahl wie 10% zwar hoch erscheint, entscheidend seien aber die zugrunde liegenden Absolutzahlen, und auch diese könne man hinterfragen. Des Weiteren kamen Verkehrszählungen aus dem Jahr 2005 zu einem um 25% höheren Ergebnis als heute.

Nach weiterer Diskussion über die Aussagekraft der prognostizierten Verkehrszahlen in den hauptbetroffenen Ortsteilen bzw. der genannten Infragestellungen ersucht der Bürgermeister schließlich den Gemeinderat den vorliegenden **Abänderungsantrag** zum

Tagesordnungspunkt aufzunehmen und darüber abzustimmen. Der Antrag von GR Dollensky wird mit 20 Stimmen abgelehnt, GR Dollensky stimmt dafür:

ÖVP	dafür	0	dagegen	11
SPÖUBA	dafür	0	dagegen	8
ALL	dafür	1	dagegen	0
FPÖ	dafür	0	dagegen	1

Daraufhin ersucht GR Dollensky den Bürgermeister die beabsichtigten Auszüge aus seinem Abänderungsantrag für den neuen Beschluss genauer zu formulieren. Gf.GR Perl unterbricht, da er abgesehen von der bestehenden Antragsproblematik zuvor noch das weitere Prozedere im Gemeinderat abklären will. Laut Gf.GR Perl wurden die letzten Sitzungen von Gemeinderat und Verkehrsausschuss von zwei klaren Aussagen begleitet: Einerseits sieht er die Befragung der Bevölkerung als eine demokratische Meinungsabfrage, auf deren Grundlage der Gemeinderat weitere Rückschlüsse ziehen kann, andererseits sei der Gemeinde bisher auch immer eine gute Gesprächsbasis mit den Grundeigentümern wichtig gewesen. In Hinblick darauf, dass einige der betroffenen Grundeigentümer nicht bereit seien für das diskutierte Bauprojekt den hierfür notwendigen Grund abzutreten, stellt sich für Gf.GR Perl daher die Frage, wie sich der Gemeinderat in weiterer Folge verhalten wird, spricht ob es zur Einleitung von Enteignungen (Behördenverfahren) dieser Grundeigentümer kommen wird oder eben nicht. Gf.GR Perl: „Bisher wurde immer wieder kommuniziert, dass niemand enteignet wird, wenn es nicht zu konsensualen Gesprächen und Lösungen kommt.“ Der Wille des Gemeinderates sollte daher auch im Protokoll dieser Sitzung vermerkt werden. GR Dollensky schlägt vor, diesbezüglich einen eigenen Antrag zu stellen und diesen zur Beschlussfassung zu bringen. Gf.GR Perl spricht sich für die Anregung aus. Gf.GR Rapold stellt klar, dass die Fragen des Eigentums auch hinlänglich in der ÖVP-Fraktion diskutiert wurden, man sei gegen Enteignungen und stehe auch dazu. Daraufhin stellt GR Dollensky folgenden Antrag: „Der Gemeinderat möge beschließen, dass es für dieses Umfahrungsprojekt keine Enteignung geben wird.“ Es folgt eine interne Diskussion. Frau Vbgm Groschner verlässt kurzzeitig den Sitzungssaal. Gf.GR Perl ersucht nochmals den Wortlaut der Antragstellung zu wiederholen. Daraufhin gibt es nochmals eine kurze Diskussion im Gemeinderat und Korrekturwünsche zum Wortlaut des Antrags. Frau Vbgm. Groschner betritt wieder den Sitzungssaal. Protokollführer Fischer verliest schließlich den korrigierten Antrag: **„Der Gemeinderat der Marktgemeinde Alland möge beschließen, dass für das Straßenbauprojekt „Spange Alland Ost“ keine Grundenteignungen vorgenommen werden.“**

Der Bürgermeister ersucht um Beschlussfassung. Der Gemeinderat stimmt mehrheitlich für den vorgetragenen Antrag, es gibt keine Gegenstimme und drei Stimmenthaltungen (Bgm. Dipl.-Ing. Köck, Vbgm. Groschner, GR Bonfert).

ÖVP	dafür	8	dagegen	0; 3 Enthaltungen (sh. oben)
SPÖUBA	dafür	8	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0
FPÖ	dafür	1	dagegen	0

Der Bürgermeister erörtert den Antrag zur Anordnung der Volksbefragung „Spange Alland“. GR Dollensky unterbricht ihn und erinnert an ein Déjà-vu-Erlebnis vor mehr als 20 Jahren: Damals stellte der amtierende Bürgermeister Johann Grundner die zusätzliche Anschlussstelle

der A21 Alland in der Gemeinde vor. Bereits an dieser Stelle habe er als Student vor zunehmenden Verkehrsbelastungen im Ort gewarnt. Damals habe man nicht auf ihn gehört, heute fühle er sich mit seinen Standpunkten zum neuen Projekt ebenfalls nicht ernst genommen. GR Dollensky verweist des Weiteren auf einen Gemeinderatsbeschluss aus dem Jahr 2005: „Sinngemäß wurde damals beschlossen, dass das Land NÖ die Spange bauen möge und Alland dafür die Mayerlingerstraße ins Gemeindeeigentum übernehmen wird.“

Bürgermeister Köck zeigt sich überzeugt, dass im Falle einer solchen Straßenübernahme ein Gemeinderatsbeschluss mit konkreten Eckdaten gefasst werden müsste. Hintergrund der bisherigen Überlegungen war lediglich, dass das Landesstraßennetz in seiner Ausdehnung ungefähr gleich groß bleiben müsse. Das habe aber nichts mit der geplanten Volksbefragung am 17. Jänner 2016 zu tun. Oberstes Ziel müsse jetzt sein, seitens der Allander Öffentlichkeit Gewissheit zu haben, ob sie sich mehrheitlich für oder gegen das Projekt „Spange Alland Ost“ ausspricht. Das Ergebnis müsse dann ohne parteipolitische Motivationen oder Eigeninteressen richtungsweisend als Empfehlung für den Gemeinderat aufgefasst werden. Dann könne erst eine Resolution darüber verfasst werden. Nach abermaliger Diskussion im Gemeinderat wiederholt der Bürgermeister die ihm wichtigen Textpassagen des Abänderungsantrages von GR Dollensky inkl. der Fragestellung: „Soll die Spange Ost errichtet werden?“ Gf.GR Perl spricht sich daraufhin für eine einfachere Fragestellung aus: „Befürworten Sie den Bau der Spange Alland Ost?“. Auch Gf.GR Rapold bringt einen Vorschlag ein: „Sind Sie für den Bau der Spange Alland?“ Der Bürgermeister formuliert die Frage schließlich nach weiteren Zurufen aus dem Gemeinderat entsprechend dem Projektwortlaut der NÖ. Straßenbauabteilung: **„Sind Sie für den Bau der Landesstraße B210 ‚Spange Alland‘?“**. Diese Formulierung wird schließlich von allen Gemeinderäten zur Kenntnis genommen. Der Bürgermeister lässt sodann über die Anordnung der Volksbefragung (sh. Kundmachungen) und die Fragestellung in der letztverlesenen Fassung abstimmen.

Der Gemeinderat spricht sich mehrheitlich für die Anordnung der Volksbefragung aus. Es gibt eine Gegenstimme (GR Dollensky) und 4 Enthaltungen (GR Hofstätter, GR Armin Grasel, GR Winzer und GR Nagl).

ÖVP	dafür	9	dagegen	0; 2 Enthaltungen (sh. oben)
SPÖUBA	dafür	6	dagegen	0; 2 Enthaltungen (sh. oben)
ALL	dafür	0	dagegen	1
FPÖ	dafür	1	dagegen	0

Tagesordnungspunkt 12, Wahl des neuen Zivilschutzbeauftragten

Wie in der Gemeindevorstandssitzung von 2. Dezember 2015 festgelegt, soll mit 1. Jänner 2016 Gf.GR Hannes Hofstätter zum neuen Zivilschutzbeauftragten der Marktgemeinde Alland bestellt werden. Der Gemeinderat nimmt diesen Vorschlag positiv auf. Der Bürgermeister fragt bei Hr. Gf.GR Hofstätter daher nochmals nach, ob er diese Funktion dann auch annehmen wird. Dieser stimmt zu. Sodann erfolgt die Nominierung per Beschlussfassung einstimmig im Gemeinderat.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	8	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0
FPÖ	dafür	1	dagegen	0

Tagesordnungspunkt 13, Seniorenweihnachtsfeier 2015

Wie in den Vorjahren wird auch 2015 wieder eine Seniorenweihnachtsfeier seitens der Marktgemeinde Alland organisiert. Diese soll in gewohnter Weise im Festsaal der Gemeinde mit Unterstützung der NMS Alland, der VS Alland und der Musikschule unter der musikalischen Leitung von Herrn Fachlehrer Dieter Bartl am 18. Dezember über die Bühne gehen. Bürgermeister Dipl.-Ing. Köck schlägt vor, wieder Geschenkgutscheine im Wert von 25 € je Pensionist (rund 200) seitens der Gemeinde anzukaufen. 2014 wurden diese bei der Fa. Adeg angeschafft, 2015 soll daher bei Fa. Spar bestellt werden. Die Gemeinderäte begrüßen den Vorschlag und stimmen dem einstimmig zu.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	8	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0
FPÖ	dafür	1	dagegen	0

Tagesordnungspunkt 14, Berichte des Bürgermeisters und Allfälliges

- ✓ Der Bürgermeister berichtet von der aktuellen Lage im Franz-Schulz-Heim, Helenental. Im Rahmen einer Begehung (19. November 2015 mit Mitarbeitern der Fa. SLC Europe als auch dem Leiter der Abteilung Staatsbürgerschaft und Wahlen, Herrn Mag. Peter Anerinhof) wurde festgestellt, dass im Speisesaal vorsorglich für einen Krisenfall (bevorstehender Winter- und Kälteeinbruch) mehrere Notbetten aufgestellt wurden. Dies sei laut Rücksprache nur für einen kurzen Zeitraum geplant. Die Gemeinde ist daher im laufenden Kontakt mit den Behörden und Nachbargemeinden.
- ✓ Am 14. Dezember 2015 fand eine gewerbebehördliche Verhandlung gemeinsam mit der BH Baden mit der Fa. Bomag aus Wien statt. Letztere will sich auf einem ehemaligen Grundstück der Fa. Winzer im Bauland-Betriebsgebiet ansiedeln. Laut Geschäftsführung soll die Projektentwicklung (Bauphase bis Eröffnung) etwa ein halbes Jahr umfassen.
- ✓ Anlässlich des geplanten Neujahrsempfanges am 9. Jänner 2016 im Gemeindesaal der Marktgemeinde Alland schlägt der Bürgermeister vor, die scheidende Kindergartenleiterin, Frau Katharina Resch, für ihre 20-jährigen Verdienste im Landeskindergarten Alland mit einer Ehrung öffentlichkeitswirksam zu würdigen. Er stellt den Antrag, diesen Punkt noch zur Abstimmung zu bringen. Frau Resch soll im Rahmen des Neujahrsempfanges 2016 eine Auszeichnung erhalten, worin ihr der Gemeinderat „Dank und Anerkennung“ aussprechen wird. Der Gemeinderat spricht sich einstimmig für eine solche Ehrung aus:

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	8	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0
FPÖ	dafür	1	dagegen	0

Der Bürgermeister dankt den Zuhörern für das Interesse und leitet sodann zum nicht öffentlichen Sitzungsteil über.



Marktgemeinde ALLAND, Bez. Baden, N.Ö.

2534 Alland, Hauptstraße 176

 02258/2245 Fax: 02258/2424 Mail: gemeindeamt@alland.gv.at

Protokoll-Nr.
446/2015

VERHANDLUNGSSCHRIFT

über die nicht öffentliche SITZUNG des
GEMEINDERATES

am **Mittwoch, dem 16. Dezember 2015** im Sitzungssaal des Gemeindeamtes Alland.

Beginn: 21:00 Uhr

Ende: 21:30 Uhr

Die Einladung erfolgte am 07. Dezember 2015 (Kurrende).

ANWESEND WAREN:

Bürgermeister Dipl.-Ing. Ludwig Köck (ÖVP)

GR Rainer Andermann (SPÖUBA)

GR Georg Baden (SPÖUBA)

GR Mag. (FH) Ing. Christian Bonfert (ÖVP)

GR Bmst. Ing. Gregor Burger (ÖVP)

GR Dipl.-Ing. Erwin Thomas Dollensky (ALL)

GR BSc. Ing. Armin Franz Grasel (ÖVP)

GR Erika Grasel (ÖVP)

Frau Vbgm. Petra Johanna Groschner (ÖVP)

GR Anton Hirschhofer (ÖVP)

Gf.GR Hannes Hofstätter (SPÖUBA)

GR Irene Maria Hofstätter (SPÖUBA)

GR Karl Kolbe (SPÖUBA)

GR Thomas Kropik (ÖVP)

GR Bernhard Nagl (SPÖUBA)

Gf.GR. Leopold Ottersböck (ÖVP)

GR Daniel Paunovic (FPÖ)

Gf.GR. Dr. Klaus Perl (SPÖUBA)

Gf.GR Martin Rapold (ÖVP)

GR und Obm. Prüfungsausschuss Mag. Klaus Sonnleitner (SPÖUBA)

GR Josef Winzer (ÖVP)

ANWESEND WAREN AUSSERDEM:

Protokollführer Amtsleiter Dipl.-Ing. Andreas Fischer

ENTSCHULDIGT ABWESEND WAREN:

Es sind alle Gemeinderäte bei der nicht öffentlichen Sitzung anwesend.

Die Sitzung ist beschlussfähig.

TAGESORDNUNG

- 9 Rechtsangelegenheiten Fam. Steiner:**
- a) **Ansuchen Leitungsbauvorhaben, Grundstück Nr. 488, EZ 145, KG Raisenmarkt**
 - b) **Beschwerde wegen „Antrag auf Baubewilligung ob Grundstück 375/3, EZ 200, KG Alland“**

15 Personalangelegenheiten

Bürgermeister Dipl.-Ing. Ludwig Köck eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit des vollzählig anwesenden Gemeinderates fest.

Tagesordnungspunkt 9 (unter Ausschluss der Öffentlichkeit), Rechtsangelegenheiten Fam. Steiner

Der Bürgermeister berichtet, dass die Gemeinde derzeit neben der aktenkundigen Rechtsangelegenheit der Fam. Johann und Rosa Steiner über das Bauvorhaben „Errichtung eines Rinderstalls mit Nebengebäuden“ am Grundstück 375/3, EZ 200, KG Alland, nun auch mit einem neuen Leitungsbauansuchen konfrontiert sei. Die Antragstellung erfolgte über die bevollmächtigte Rechtsanwaltskanzlei Brenner & Klemm, 1050 Wien. Beide Angelegenheiten müssen nun zeitgleich vom Gemeinderat behandelt werden.

a) Ansuchen Leitungsbauvorhaben, Grundstück Nr. 488, EZ 145, KG Raisenmarkt

Nachdem die hierfür beauftragte Rechtsanwaltskanzlei Brenner & Klemm den Zweck der Errichtung einer Wasserleitung über die Straße mit der GSt.Nr. 488, EZ145, KG Raisenmarkt, nicht begründete, holte der Bürgermeister im Auftrag des Gemeindevorstands nähere Erkundigungen vor Ort bei Fam. Steiner ein. Neben einer beabsichtigten Installation einer Viehtränke (Wasserleitung) wurde bei dem Gespräch auch die wirtschaftlich notwendige Stromverlegung (für einen Elektrozaun) im Zuge der Straßenquerung thematisiert. Dies geht aus dem gestellten Ansuchen vom 12. Oktober 2015 nicht hervor. Nachdem unterschiedliche Motive und Überlegungen für das gestellte Ansuchen infrage kommen, spricht sich der Gemeinderat gem. § 35 Z 22a der NÖ Gemeindeordnung nach einhergehender Diskussion und Beratung gegen die Belastung des gemeindeeigenen Grundstücks aus. Der Bürgermeister formuliert zum vorliegenden Ansuchen den Beschlusstext für den Gemeinderat, welcher die dauerhafte Inanspruchnahme der Straße durch die Errichtung einer Wasserleitung (Grundstück Nr. 488, EZ 145, KG 04026 Raisenmarkt) abschlägig bescheidet. Der Gemeinderat stimmt einstimmig gegen das Leitungsbauvorhaben.

ÖVP	dafür	0	dagegen	11
SPÖUBA	dafür	0	dagegen	8
ALL	dafür	0	dagegen	1
FPÖ	dafür	0	dagegen	1

b) Beschwerde wegen „Antrag auf Baubewilligung ob Grundstück 375/3, EZ 200, KG Alland“

Nachdem es in dieser Angelegenheit bereits einen Devolutionsantrag an den Gemeindevorstand gab und dieser sich als Baubehörde 1. Instanz in seinem Bescheid vom 20.10.2015, GV20.20.BA-DA_1/2015, betreffend der Erteilung einer baubehördlichen gegen eine Bewilligung für das Vorhaben „Neuerrichtung Rinderstall samt Nebengebäuden“ in 2534 Alland, GST. 375/3, EZ 200, KG 04001 Alland, aussprach, ersucht der Bürgermeister den Gemeinderat den Empfehlungen der beauftragten Rechtsanwaltskanzlei bpv-Hügel Rechtsanwälte zu folgen. Der Bürgermeister verliert auszugsweise den vorbereiteten Bescheidentwurf, welcher im Vorfeld auch den Fraktionsvertretern zur Durchsicht zugegangen ist. Der Gemeinderat stimmt dem verfassten Schreiben zu und beschließt die vorliegende Berufung als Baubehörde 2. Instanz als unbegründet abzuweisen.

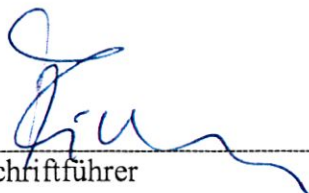
ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	8	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0
FPÖ	dafür	1	dagegen	0

Da es keine weiteren Anfragen mehr gibt, verweist Bürgermeister Köck auf den nächsten Gemeinderatstermin am 9. März 2016, 19 Uhr. Er dankt den Gemeinderäten für die konstruktive Zusammenarbeit und lädt im Anschluss zur gemeinsamen Weihnachtsfeier in Buchfink's Landgasthof ein.


Nach Einholung der Unterschriften (sh. TOP 5) beschließt der Bürgermeister die Sitzung um 21:30 Uhr.

Dieses Sitzungsprotokoll wurde in der Sitzung am 16.3.2016 genehmigt.


Bürgermeister


Schriftführer


Gemeinderat ÖVP


Gemeinderat SPÖUBA


Gemeinderat FPÖ


Gemeinderat ALL